

Was war?

Im Januar 2005 entschied das Bundesverfassungsgericht dass Studiengebühren in den Kompetenzbereich der Länder und nicht des Bundes fallen. Für alle CDU-regierten Länder das Startsignal für die Uni-Maut. Der baden-württembergische Bildungsminister Frankenberg, war ganz vorne mit dabei. Trotz massiven und fundierten Einwänden, heftigen Protesten und prinzipieller Ablehnung in der Bevölkerung wurden Studiengebühren eingeführt. Der Tenor der Verantwortlichen war (unter anderem):

1. Studiengebühren werden keine abschreckende Wirkung auf Studienanfänger haben.

FALSCH: Eine (noch unter Verschluss gehaltene) Studie des Bildungsministerium belegt genau das. (siehe: <http://www.tagesschau.de/inland/studiengebuehren100.html> vom 20.10.08)

2. Die Studiengebühren werden die Studienbedingungen verbessern.

FALSCH: Mittel vom Land werden zurückgefahren (z.B. „Frankenberg will Finanzierung von Beamtenstellen aus Studiengebühren ermöglichen“ http://www.baden-wuerttemberg.de/de/Seite_empfehlen/192840.html) und selbstverständliche Ausgaben werden extra hervorgehoben oder gekennzeichnet um den StudentInnen die „positiven“ Effekte allgegenwärtig erscheinen zu lassen. Trotzdem geht das Konzept nicht auf: „Drei Viertel der zahlenden Studierenden sehen keine Verbesserung“ (Resultat aus der Langzeitstudie "Gebührenkompass" der Universität Hohenheim vom Juni 2008; <http://www.bildungsspiegel.de/aktuelles/studiengebuehren-drei-viertel-der-zahlenden-studierenden-sehen-keine-verbesserung.html?itemid=262>)



